

Gemeindebetriebe

Zweiter Band

Neunter Teil

Die Gemeindebetriebe
der Stadt Königsberg i.Pr.

Von
Georg Neuhaus



Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik
herausgegeben von
Carl Johannes Fuchs



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

129. Band. Neunter Teil.

Gemeindebetriebe.

Neuere Versuche und Erfahrungen über die
Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit in Deutschland
und im Ausland.

Dreizehnter Band.

Neunter Teil.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1910.

Die Gemeindebetriebe der Stadt Königsberg i. Pr.

Von

Dr. Georg Neuhaus,

Direktor des städtischen statistischen Amtes.

Der Gemeindebetriebe zweiter Band. Neunter Teil.

Mit einem Stadtplan.

Im Auftrag des Vereins für Socialpolitik

herausgegeben von

Carl Johannes Fuchs.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1910.

Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg
Pierer'sche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit wurde dem Verfasser übertragen, nachdem ein anderer in Aussicht genommener Bearbeiter wegen Zeitmangels sich zu einer nachträglichen Ablehnung genötigt sah. Da es an jeglichem gedruckten Material fehlt, welches die Entwicklung aller oder einzelner Betriebe für einen größeren Zeitraum darstellt, so mußten die erforderlichen Angaben den „Verwaltungsberichten des Magistrats über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten“, welche seit 1854 jährlich erscheinen, und, da diese doch nur lückenhafte Nachrichten geben, den Akten (mit ausdrücklicher Genehmigung des Magistrats) entnommen werden. Wenn somit auch aus den Urquellen geschöpft werden konnte, so wurde die zu bewältigende Arbeit dadurch so gesteigert, daß die Abhandlung erst im Sommer 1909 im Manuscript vollendet werden konnte.

Es ist nun im folgenden versucht worden, alle wesentlichen Tatsachen der Entstehung und der Entwicklung der Königsberger Gemeindebetriebe in möglichst knapper Form darzustellen. Wo eine Schilderung durch Zahlen möglich war, sind Tabellen gewählt worden, zu welchen nur wenige Erläuterungen hinzugesetzt sind. Das genaue Lesen der Tabellen ist somit notwendig, um ein Bild der Entwicklung zu gewinnen. Da ein zweckmäßiger Stadtplan von Königsberg jetzigen Umfanges selbst in den neuesten Konversationslexiken fehlt, so ist ein solcher beigelegt.

Die späte Drucklegung ermöglichte es, alle Veränderungen bis Mitte November 1909 bei der Darstellung zu berücksichtigen.

Königsberg i. Pr., Ende November 1909.

Georg Neuhaus.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	1
A. Betriebe zur Pflege der öffentlichen Gesundheit	7
I. Straßenreinigung	7
II. Die Müllabfuhr	11
III. Die städtischen öffentlichen Badeanstalten	15
IV. Die städtische Desinfektionsanstalt	17
V. Die Kanalisation	19
VI. Das Wasserwerk	24
1. Gründung und Entwicklung	24
2. Die Wasserabgabtarife	28
3. Das finanzielle Ergebnis	31
VII. Der Schlacht- und Viehhof	35
B. Betriebe der öffentlichen Wohlfahrtspflege	42
I. Die städtische Sparkasse	42
II. Das städtische Leihamt	55
III. Die städtische Feuerföjietät	57
C. Die Betriebe zur Deckung des eigenen Bedarfs der Stadtverwaltung	61
I. Das städtische Fuhramt	61
II. Die städtische Park- und Gartenverwaltung	63
III. Das Königsberger Gemeindeblatt	64
IV. Sonstige Betriebe	66
D. Die Verwaltung des städtischen Grundeigentums	67
E. Die städtischen Unternehmungen	76
Vorbemerkung	76
I. Die Gasanstalt	77
1. Gründung und Entwicklung	77
2. Die Tarifpolitik	78
3. Die Finanzgebarung	82
II. Das städtische Elektrizitätswerk	85
1. Gründung und Entwicklung	85
2. Die Tarifpolitik	89
3. Das finanzielle Ergebnis	99

	Seite
III. Die Straßenbahnen in Königsberg	101
1. Die private Unternehmung	101
a) Gründung und Entwicklung	101
b) Die Finanzgebarung	107
2. Die städtische elektrische Straßenbahn	115
a) Gründung und Entwicklung	115
b) Der Fahrgeldtarif	121
c) Die finanziellen Ergebnisse	125
IV. Die städtischen Handelsanstalten und der Hafen	126
1. Die Handelsanstalten	126
2. Der Hafen	129
F. Ergänzungen, Zusammenfassung, Schlusswort	134

Einleitung.

Das Gedeihen aller Betriebe, also auch das der städtischen, ist von den an deren Standorte bestehenden natürlichen und sozialen Verhältnissen abhängig; ungünstige allgemeine Bedingungen sind durch die beste Verwaltung nicht in der Weise zu überwinden, daß die Betriebe die durchschnittlich mögliche Rentabilität erreichen oder gar übersteigen. Das sind Binsenwahrheiten; aber an diese muß erinnert werden, bevor in eine Darstellung der Gemeindebetriebe der Stadt Königsberg i. Pr., welche mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, eingetreten wird. Da außerdem in diesem Teile der Schriften des Vereins für Socialpolitik die Betriebe anderer Städte dargestellt werden, welche in jeder Beziehung weit günstigere Verhältnisse für die Gemeindebetriebe aufweisen als die nordöstlichste deutsche Großstadt, so müssen wir kurz auf die allgemeinen Bedingungen eingehen, von welchen die Rentabilität auch der Gemeindebetriebe in unserer Stadt abhängig ist.

Die klimatischen Verhältnisse sind nicht sonderlich günstig; plötzliche Wetterstürze treten nicht selten ein; der Winter beginnt oft im Oktober und endet in der ersten Hälfte des April; die Binnenschiffahrt, die ziemlich ausgedehnt ist, dauert daher nur 7 bis 8 Monate. Der Seeverkehr wird zwar seit der Vollenbung des Seekanals im Jahre 1902 den ganzen Winter hindurch mit Hilfe von Eisbrechern aufrecht erhalten, er ist in dieser Zeit jedoch für Segelschiffe geschlossen.

Auch die Bodenbeschaffenheit der Stadt bereitet den Bauten, namentlich den Anlagen von Rohrleitungen jeglicher Art, große Schwierigkeiten. Wie ein Blick auf die beigegebene Karte zeigt, vereinigen sich der alte und der neue Pregel unterhalb des eine Insel bildenden Kneiphofs, dieser sowie die nächst dem Pregel gelegenen Straßen, ferner die Lomse, Cosse, der Rasse Garten usw. bestehen aus Schwemmland und haben teilweise einen moorigen Untergrund. Diese Stadtteile liegen außerdem sehr tief, der Rasse Garten stellenweise sogar unter Normalnull. Dagegen steigt das aus Tonablagerungen von großer Mächtigkeit bestehende Samlandplateau

nach Süden zum Haberberg, nach Norden zum Steindamm, Roßgarten, Löbenicht und Sachheim sehr steil an. Die Niveauunterschiede betragen rund 25 m.

Außerst ungünstig ist die noch bestehende Umwallung. Durch sie werden auf einen engen Raum von 2032,8 ha 200 000 Einwohner zusammengedrängt. Nur acht mit Wagen passierbare Tore nebst einem Mauerdurchbruch und einem nur für Fußgänger offenen Ausfalltore führen aus der Stadt. Dadurch wird nicht nur der Verkehr äußerst beschränkt, der häufig weite Umwege machen muß, auch die gesamten städtischen Leitungen, die nach außen führen, können nicht den wirtschaftlich günstigsten Weg wählen. Wie schon hierdurch die Rentabilität der städtischen Betriebe eingeschränkt wird, so noch mehr durch das Festungsgelände und die Rayonbeschränkungen. Durch beide wird um die innere Stadt ein fast 2 km breiter Gürtel herumgeführt, auf dem keine Wohngebäude aufgeführt werden dürfen. Alle mit Leitungen verbundenen städtischen Betriebe finden somit innerhalb dieses Gürtels keine Konsumenten. Die Gasanstalt, das Elektrizitätswerk, das Wasserwerk usw. müssen in diesen Teilen Anlagen unterhalten, für die sie gar kein Äquivalent erhalten; die städtische elektrische Straßenbahn muß, wenn sie die Tore durchfährt, eine Strecke von 2 km passieren, in der sie auf Fahrgäste nicht rechnen kann.

Alle diese die Entwicklung der Stadt und ihrer Betriebe nicht gerade fördernden Umstände würden wenig verschlagen, wenn die Stadt selbst ein großes Vermögen besäße, oder die Bevölkerung besonders wohlhabend wäre. Beides ist aber nicht der Fall. Der unglückliche Feldzug gegen Napoleon I. 1806/07 führte eine Besetzung Königsbergs durch das französische Heer herbei. Die Stadt wurde zu außerordentlich hohen Requisitionen und Kontributionen herangezogen. Fast ebenso sehr hatte sie 1812 unter dem Durchmarsch der Truppen zum Winterfeldzuge in Rußland zu leiden. Der Stadt verblieb aus dem Kriege von 1806/07 eine Schuld von nicht ganz $5\frac{1}{4}$ Millionen Mark, eine zwar für heutige Verhältnisse nicht große Summe. Damals aber bedeutete die Kriegsschuld bei der verarmten, sich nur langsam erholenden Bevölkerung ein ganz außerordentlicher Druck. Die Tilgung der Kriegsschuld ging nur sehr langsam voran, die jährliche Tilgungsquote betrug noch 1855 nur 18 000 Mk., und die ganze Kriegsschuld in demselben Jahre 4 378 495 Mk.; 1863 wurde ein neuer Tilgungsplan aufgestellt, nach welchem von der sich noch auf 4 088 395 Mk. belaufenden Schuld jährlich ein Betrag von 52 200 Mk. abbezahlt wurde; außerdem wurden zur Tilgung die ersparten Zinsen verwendet. Seit 1869 erhielt

die Stadt gegen Verzicht auf ihr Recht der Erhebung eines Zuschlages zur Brau- und Salzsteuer vom Staate einen jährlichen Zuschuß von 15 000 Mk., seit 1875 einen weiteren von 75 000 Mk. Der Rest der Kriegsschuld wurde 1900 abgetragen. Das Vorhandensein der Kriegsschuld lähmte lange Jahrzehnte hindurch die städtischen Körperschaften in ihrer Entschlußfähigkeit, größere Geldmittel für städtische Betriebe auszumwerfen.

Nicht zu vergessen ist ferner, daß Königsberg die Hauptstadt der kapitalärmsten Provinz Preußens ist, in der fast ausschließlich Landwirtschaft betrieben wird. Das rauhe Klima, die kurze Vegetationsperiode und die relativ dünne Ansiedlung verhindern eine größere Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe. Königsberg leidet ebenso wie die Provinz unter der allgemeinen, sehr bedeutenden Abwanderung der ostpreussischen Bevölkerung. Die jährliche Zunahme der städtischen Einwohnerschaft beruht zum größten Teile auf dem Überschusse der Geburten über die Sterbefälle. Die Anzahl der Lebendgeborenen ist aber relativ gering, sie betrug im Kalenderjahr 1906 30,0, 1907 28,8, 1908 29,6 aufs Tausend der mittleren Jahresbevölkerung. So ist das Wachstum der Bevölkerung nur mäßig, es stellte sich 1906 auf 26,8, 1907 auf 20,8 und 1908 auf 16,0 vom Tausend der mittleren Jahresbevölkerung. Hierzu kommt, daß die leistungsfähigsten in Königsberg geborenen Arbeiter nach dem Westen abwandern und durch die nur kleinstädtische Ansprüche befriedigenden, einwandernden Arbeiter aus der Provinz ersetzt werden, die, wenn sie sich die Fähigkeit erworben haben, großstädtischen Anforderungen zu genügen, leicht wieder die Stadt verlassen. Die Abwanderung wird noch dadurch gefördert, daß die Lebensmittel, die Wohnungen usw., kurz die Kosten der Unterhaltung in Königsberg nicht viel billiger sind als z. B. in Berlin, und daß die an sich nicht niedrigen Löhne wegen der geringeren Rentabilität der Arbeitsleistungen nicht die Höhe der im Westen gezahlten erreichen können.

Alle diese Tatsachen, die auf die städtischen Unternehmungen hemmend einwirkten und zum Teil noch einwirken, sind zu berücksichtigen, wenn man sich von der Unternehmertätigkeit der Stadtgemeinde einen klaren Begriff machen will. Nur der zähen Beharrlichkeit und dem Pflichteifer desjenigen Teiles der Bürgerschaft, aus welchem sich die städtischen Körperschaften zusammensetzen, ist es zu danken, wenn die Stadt, in welcher ein Kant vor mehr als 100 Jahren den kategorischen Imperativ der Pflicht gelehrt hat, sobald die Notwendigkeit, Opfer zu bringen, erkannt war, die großen Lasten sich und ihren Mitbürgern aufgebürdet hat, welche notwendig waren, um die allen modernen Ansprüchen einer Großstadt jetzt genügenden städtischen Unternehmungen zu planen und durchzuführen.